

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/62

Bonn, den 1. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 16

Wie und wo kann gespart werden ?

62

Zur bevorstehenden Debatte über den Bundeshaushalt '64

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

2 - 4

Erotz allem - eine beachtliche Leistung

150

Zum "Einjährigen" des Zweiten Deutschen Fernsehens

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunk- und Fernsehfragen beim Vorstand der SPD

5

Hitlers "Juristen" ...

46

Sie wurden offiziell vom Massenmord unterrichtet

Keiner zog die Konsequenzen

6

Dänemarks "Volkssozialisten" in Auflösung

47

Rebellion gegen Aksel Larsen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

Chefredakteur Günter Markscheffel

Wie und wo kann gespart werden ?

Zur bevorstehenden Debatte über den Bundeshaushalt 1964

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Die Bundesregierung hat in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion den Versuch gemacht, die Ausgabenflut des Haushalts 1964 an die zu erwartende Steigerung des Sozialprodukts anzupassen. Der Haushaltsausschuß hat diesem Bestreben Rechnung getragen und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Daß diese Beschlüsse zum Teil überhastet, unüberlegt und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen gefaßt wurden, ist bereits bezeugt.

Der Bundestag wird sich in der kommenden Woche mit der Frage zu befassen haben, ob und in welcher Weise diese Beschlüsse korrigiert werden können. Das Parlament steht hierbei einer weithin irregulierten öffentlichen Meinung gegenüber, die die Vorrangigkeit öffentlicher Ausgaben fast grundsätzlich bestreitet. Diese Propaganda geht vor allem von jenen Kreisen aus, die zwar bei zahlreichen Gelegenheiten nach Staatshilfe rufen, aber dem Staat selbst die elementarsten Voraussetzungen zur Finanzierung des öffentlichen Bedarfs ablehnen wollen. Das einmal festzustellen, ist auch die Aufgabe einer sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlenden politischen Opposition.

Was vergessen wird

Es wird bewußt vergessen oder unterschlagen, daß die heutige Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes zwangsläufig eine Folge des von der Hitlerregierung angezettelten und vom ganzen deutschen Volke verlorenen und zu bezahlenden zweiten Weltkrieges ist. Es wird vergessen, anzuerkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland noch immer ein Staat im Umbruch und im Aufbau ist. Die riesigen Kriegsfolgelasten werden ebenso ignoriert wie die Vernehrung der Bundesbürokratie zur Liquidierung der Kriegsfolgen.

Wir zählen heute, ob wir darüber erfreut sind oder nicht, neben den klassischen Ministerien eine Anzahl Ministerien, die ohne den zweiten Weltkrieg nie entstanden wären. Dazu gehören das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen als eine Folge der Zerrissung unseres Volkes mit einem Etat von rund 50 Millionen DM, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte mit einer Etatensumme von nahezu 70 Millionen DM, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dessen Etatensumme von 13 Milliarden 186 Millionen DM weithin auf Kriegsfolgen zurückzuführen ist. Auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dessen 4,2 Milliarden DM Ausgaben nicht zuletzt ebenfalls als Kriegsfolgen anzusprechen sind, muß in diesem Zusammenhang genannt werden. Hinzukommen Aufwendungen in anderen Ministerien, die ebenfalls als Folge einer auf diesen Gebieten noch immer unbewältigten Vergangenheit anzusprechen sind, so die rund 19 Milliarden DM Militärausgaben für die Sicherheit unseres Volkes, die Steigerung der Aufwendungen im Bereich des Auswärtigen Dienstes und seiner Aus-

Landesvertretungen, die Versorgungslasten für verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes und von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht; die Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte sowie in Bereich der klassischen Ministerien unvermeidlich gewordene Mehraufwendungen personeller und sachlicher Art, die mit den Kriegsfolgen und der besonderen Lage des gespaltenen Deutschland unlösbar verbunden sind.

Gerechte Steuer- und Wirtschaftspolitik notwendig

Der Steuerdruck, der zur Finanzierung aller dieser Auf- und Ausgaben durch die Beschlüsse der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP entstanden ist, wäre in diesem Ausmaß nicht notwendig, wenn die steuerpolitischen Anträge der sozialdemokratischen Opposition befolgt worden wären. Die Lastenverteilung wäre gerechter, wenn die unmittelbaren Nutznießer des Hitlerregimes für die Folgen des verlorenen Krieges haftbar gemacht worden wären und wenn die die Regierung tragenden Parteien den schon seit langem geäußerten Vorstellungen der Sozialdemokraten auf eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprochen haben würden.

Haushaltspolitik ist immer ein Problem der Kräfteverteilung im Rahmen der Ausübung der politischen Macht. Was dem einen notwendig erscheint, ist in den Augen des anderen ganz oder zum Teil überflüssig.

Wo nicht gespart werden kann

Wer sich angesichts eines 60,3 Milliarden DM umfassenden Etats die Frage stellt, w o und w i e gespart werden kann, wird keine leichthingwerfene Antwort geben können. Er wird feststellen müssen, w o n i c h t gespart werden kann, er wird eine Rangordnung ermitteln müssen, um zu klaren Erkenntnissen zu gelangen. N i c h t gespart werden kann bei den Ausgaben für den Wohnungsbau, für den Straßenbau, für Leistungen zugunsten der Kriegsgespieler und bei anderen Sozialleistungen, nicht bei Bildungsaufwendungen der verschiedensten Art, nicht bei Förderung der Volksgesundheit durch Sport, Jugendheime u.ä.

Gewisserhafte Durchforstung des Etats

Gespart werden kann durch eine gezielte, vom Kontrollrecht des Parlaments getragene Durchforstung des gesamten bürokratischen Apparats, durch eine Überprüfung der Subventionen und eine Beschränkung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts zugunsten vermögensschaffender Leistungen des Bundes bei Eingabe von Darlehen, Bewilligung von Zinsverbilligungen, Kauf von Gelände und Errichtung von Hochbauten. Der Bundeshaushalt 1964 enthält für solche und ähnliche Zwecke nicht weniger als rund 9 Milliarden Ausgaben. Hier kann und muß angesetzt werden.

Trotz allem - eine beachtliche Leistung

Zum "Einjährigen" des Zweiten Deutschen Fernsehens
Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunk- und Fernsehfragen beim Vorstand der SPD

Die deutsche Bildschirm-Gemeinde wächst unaufhörlich weiter. Über neun Millionen Mattscheiben sind es bereits, die das Fernsehvolk in der Bundesrepublik allabendlich ans Gerät rufen. Seit einem Jahr gibt es Wettbewerb in den TV-Kanälen. Am 1. April 1963 sind die "Mainzelmännchen" mit klar hohen Erwartungen und guten Vorsätzen in den Kampf um die Publikumsgunst eingestiegen. Telegen und lächelnd faßte sie ihr vom Professoren-Stuhl auf den Intendantensessel gewechselter Chef Dr. Karl E o l z a m e r in wohlklingende Worte:

- * "Der Vielfalt der Länder und Landschaften, der Parteien und religiösen Bekenntnisse, der gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte Rechnung zu tragen und doch die Gemeinsamkeit in einem Programm, das keine geteilten Verantwortungen kennt, ins Bild zu bringen, das ist unsere schwere und schöne Aufgabe zugleich. Ihre Erfüllung soll über Mauer und Stachel- draht aller Art hinweg menschliche Nähe und Kontakt erhalten und vertiefen."

Höhe und löbliche Ziele hatte der Fernseh-Professor damit als Leitbilder der Programmgestaltung gesetzt. Daran soll und kann sie nach 565 Sendetagen noch nicht gemessen werden. Auch hier zählt schon ein ehrliches Bemühen, das man den "Mainzelmännchen" nicht absprechen kann. Sie sind jedenfalls besser als ihr Ruf, der durch ihre sattem bekannte Finanzmisere und publizistischen Tiefschläge auflagenstarker Blätter lädiert ist. Sie haben sich bei allen Unzulänglichkeiten und Fehldispositionen im Aufbau stadium der Anstalt und in der "Pionierzeit" des Sendebetriebs unter diesen erschwerenden psychologischen Umständen auf dem Bildschirm durchaus wacker gehalten.

In Mainz wurde das Fernsehen nicht "neu erfunden"

Niemand konnte ernsthaft erwarten, daß in Mainz das Fernsehen "neu erfunden" würde. Der Auftrag der Ministerpräsidenten zur Gründung der Länderanstalt nach den Grundsätzen des Karlsruher Verfassungsgerichtsurteils gegen ein "Adenauer-Fernsehen" bezog sich elementar auf eine Wahlmöglichkeit für das Bildschirm-Publikum. Daraus wurde der Begriff eines Kontrastprogramms abgeleitet. Er wurde teilweise mißverstanden. Und zwar als harte Konkurrenz um Sehbeteiligung, um möglichst imponierende Zahlen der quantitativen Meinungsforschung.

Damit soll keineswegs bestritten werden, daß die Erhebungen über Publikumsverhalten für die inhaltliche Gestaltung und zeitliche Platzierung von Programmteilen eine große Bedeutung haben; zumal für eine junge Anstalt, die sich gegen erhebliche Gewöhnungsfaktoren durchsetzen und als Werbemedium eine millionenfache Streuung nachweisen muß. Trotzdem sollte der im Stuttgarter Staatsvertrag enthaltene Auftrag zur Koordinierung der beiden deutschen Fernsehprogramme in Zukunft ernster und auch nicht nur schematisch aufgefaßt werden. Das Ergebnis

1. April 1964

redlicher Bemühungen der Programmverantwortlichen auf beiden Seiten braucht keineswegs im Widerspruch zu jenem Zitat aus Goethes "Worspiel auf dem Theater" zu stehen, das Intendant Dr. Holzamer beim Debut vor einem Jahr verwardte: "Ich wünschte sehr, der Menge zu be-
hagen."

Höhepunkte

Die Erfüllung dieses Wunsches, der damals durchaus noch nicht als Stoßseufzer zu verstehen war, durften die "Mainzelmännchen" bisher in einigen Fällen erleben, die sich selbstbewußtseinsstärkend in ihr Gedächtnis eingegraben haben. Insbesondere im Bereich der Programmdirektion - Fernsehspiel, Kultur und Unterhaltung - gibt es schon Werte, die sich mit den erfolgsgewohnten Produzenten des ARD-Gemeinschaftsprogramms messen können. So erreichte die Inszenierung des klassischen Lustspiels "Minna von Barnhelm" über 30 Prozent und das dreiteilige Dokumentationspiel "Der Fall Rohrbach" sogar 75 Prozent der möglichen Seherquoten. Eine "Sternstunde" hatte das Zweite Programm mit dem Auftritt des "singenden Paters" Duval aus Frankreich, der den bisher einmaligen Bewertungsindex von "plus zehn" auf das sonst noch bescheidene Mainzer Aktiv-Konto buchte.

Auf diese Haben-Seite gehört auch das Bemühen, trotz schmaler und für die Bildung eines Programmvorrats inzwischen bedenklich kurz gewordener Finanzdecke kein "Heim-Kino" mit ebenso häufigen wie späten Wiederaufführungen von Spielfilmen zu werden.

Ferien und Kinderkrankheiten...

Das Aktualitäten-Programm befindet sich nach eigenem Bekenntnis der Länderanstalt noch in einem "Werkstatt-Stadium". Unter den dafür zuständigen Ressorts der Chefredaktion können bisher die Hauptabteilung Dokumentation die beste und konstanteste Selbstbeteiligung und einige Sportsendungen gute Fachkritiken vorzeigen. Die mit großer Hoffnung vorbereitete tagessaktuelle Sendung "Heute" ist dagegen ein Sorgenkind geworden; sie ist es bis zur Stunde geblieben. In der Publikumaresonanz liegt sie oft um 35 bis 40 Prozent hinter der ARD-Pageschau. Viele Zuschauer vernüßten von Anfang an der nüchternen Nachrichtenstil; andere dachten erst gar nicht daran, sich zur Laufzeit der attraktiven regionalen Werbeprogramme im ARD-Programm um 19.30 Uhr aus dem Mainzer Kanal informieren zu lassen. Die Sendezeit wird trotzdem vorläufig beibehalten, die Form hat neuerdings eine starke Annäherung an das Hamburger Erfolgsrezept für Bildschirm-Nachrichten erfahren. Vielleicht kann man von dieser Umstellung auch mehr Ausgewogenheit und redaktionelle Gründlichkeit in der innenpolitischen Nachrichtengebung erwarten, die in der Eschborner "Heute"-Zentrale gelegentlich erstaunliche Akzente erhielt.

Es ist sicherlich kein verdientes Schicksal der "Mainzelmännchen", daß solche Programmteile noch nicht die wünschenswerte Publikumswirkung und bisher lediglich die Anerkennung der Fachkritik gefunden haben.

...aber auch Pionierleistungen

Mit solchen Pannen oder auch "Kinderkrankheiten" haben die demnächst von Eschborn-"Telesibirsk" nach Wiesbaden übersiedelnden "Holamer-Ruben" an jenem schicksalsschweren Abend nach dem Attentat auf den USA-Präsidenten John F. Kennedy viele ihrer Kritiker versöhnt. An Schnelligkeit und Umfang der Berichterstattung aus Dallas und Washington ließen sie Tagesschau und Koordinator der ARD um Längen hinter sich. Kontinuierlich sammeln zwei Tele-Gastarbeiter - leider nur bei Zuschauer-Kinderheiten - Pluspunkte für Mainz: Günter G a u s s mit seinen Porträt-Sendungen "Zur Person" und Reinhard A p p e l mit seiner Fernseh-Pressekonferenz "Journalisten fragen - Politiker antworten". Hier sind wirklich neue Möglichkeiten und Formen für den Bildschirm aktiviert worden.

Das Lied von den "leeren Kassen"

Ebensowenig verdient ist das Odium eines "Schulden-Senders", denn für den von Anfang an unzulänglichen finanziellen Unterbau der Länderanstalt tragen die Regisseure und Redakteure wohl kaum eine Verantwortung, nachdem sie letztlich nicht einmal dem Intendanten aufgebürdet werden kann. Gewisse Vorwürfe an diese Adressen, die aus zu großzügigen Dispositionen, Überbezahlung von Fremdproduktionen und den ursprünglichen "BBC-Träumen" für ein Mainzer Sende- und Studio-Zentrum abgeleitet werden mögen, ändern an dieser Feststellung nichts. Sie werden im übrigen auch durch Eingabe und Anstrengungen aufgehoben, mit denen sich die "Mainzelmännchen" drohender Illicidität und trotz fast chronisch leerer Kassen als achtbare "TV-Kanalarbeiter" auf den Mattscheiben präsentieren und allabendlich dem Urteil der Zuschauer stellen. Die Mühsal des Anfangs ist nicht zuletzt dadurch überwunden, obwohl die Publikumsgunst noch eindeutig dem Breiten Programm gilt. Von drei Fernsehteilnehmern entscheiden sich nach den neuesten Erhebungen zwei für das ARD-Gemeinschaftsprogramm. Immerhin haben inzwischen 74 Prozent der Gerätebesitzer die technische Möglichkeit, zu wählen. Vor einem Jahr waren es erst 43 Prozent.

Die weitere Entwicklung - insbesondere die enormen Zuwachsraten an Fernsehteilnehmern - läßt den "Mainzelmännchen" nicht nur die Erwartung, daß sie ihre technischen Handicaps bald überwunden haben werden, sondern auch die Hoffnung, daß ihre finanzielle "Durststrecke" ohne ewige Angst vor leeren Kassen zu schaffen ist.

Leere Kassen - davon wird der ZDF-Intendant Dr. Holzamer in seinem "Jubiläumsgespräch mit dem Zuschauer" sicherlich reden. Daß er es in Sachen Programm nicht mit leeren Händen und leeren Worten führen muß, hat er seinen Mitarbeitern zu danken.

1. April 1964

Hitlers "Juristen" ...

Sie wurden offiziell vom Massenmord unterrichtet

Keiner zog die Konsequenzen

H.B. - Der frühere Amtsleiter in der "Gnadentod"-Aktion Dr. Hefelmann hat im Limburger Euthanasieprozeß, dem sich der Professor Heyde durch Selbstmord entzog, darauf hingewiesen, daß alle deutschen Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte 1941 offiziell in die grauenhafte Euthanasie-Aktion der Nationalsozialisten eingeweiht worden sind.

Die von Hefelmann erwähnte Tagung fand am 23. und 24. April 1941 im Reichsministerium der Justiz in Berlin statt. Sie kam auf Initiative des Staatssekretärs Professor Franz Schlegelberger zustande, der damals die Geschäfte des Reichsjustizministers führte und seit über zehn Jahren von Pensionierung aus um seine Ruhestandsbezüge von nunmehr über 3500 DM monatlich gegen den Staat klagt.

Es hatten sich seinerzeit auch der Präsident des Reichsgerichts Erwin Bumke sowie weitere Staatssekretäre, Präsidenten höchster Gerichte, Oberreichsanwälte, Ministerialdirektoren und Ministerialdirigenten sowie die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte eingefunden. Von diesem Personenkreis ist zwar keiner mehr im aktiven Justizdienst, aber 25 davon leben noch und beziehen zusammen Ruhestandsbezüge von jährlich fast einer Million DM. Nur gegen ganz wenige, darunter gegen Schlegelberger, läuft ein überaus langwieriger Prozeß wegen Aberkennung der Ruhestandsbezüge.

Die damalige Tagung im Reichsjustizministerium hatte nur den Zweck, die führenden deutschen Juristen über die Massenvernichtung von Geisteskranken auf den Wege der illegalen Tötung zu unterrichten. Man wollte ihnen beibringen, daß hier, fernab jeden rechtsstaatlichen Denkens, der Mord in seiner übelsten Form praktiziert werden sollte, und zwar hunderttausendmal. Und es geschah das Unglaubliche:

- * Keiner der damaligen deutschen Spitzenjuristen erhob
- * Widerspruch. Sie alle unterschlugen in den folgenden Monaten und Jahren die Anzeigen der gequälten Eltern.
- * Es fand im Deutschen Reich nicht ein einziger Prozeß gegen
- * die Mörder der Geisteskranken statt, und es gab daher auch
- * nicht einen einzigen Juristen, der deshalb von den NS-Mächtern
- * haben hätte zur Rechenschaft gezogen werden können.

Vor den Juristen im Reichsjustizministerium sprachen Franz Schlegelberger, der berühmte Professor Heyde und der längst gehackte Oberdienstleiter in Hitlers Kanzlei Brack. Der amtierende Justizminister Schlegelberger sagte seinen Männern wörtlich:

- * "Durch Sie, meine Herren, hindurch, oder noch besser: aus Ihnen
- * heraus muß diese Erkenntnis der Einordnungsnotwendigkeit ziel-
- * bewußt und unachtsichtig hinausgehen in alle Zweige Ihrer Ge-
- * folgenschaft."

Brack ließ die Männer von der Justiz wissen, daß die Euthanasie-Aktion unter einem unverfänglichen Namen getarnt werden müsse und daß man die Patienten nach Beobachtung in die Liquidationsanstalt abholen werde. Und Heyde schließlich erklärte, die Patienten hätten an fingierten Todesursachen zu sterben, und zwar aufgrund eines Geheimhaltungsgebots des Führers ...

Dänemarks "Volkssozialisten" in Auflösung

Rebellion gegen Aksel Larsen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Nachdem zwei Mitglieder der "Sozialistischen Volkspartei" im dänischen Folketing kurz vor Ostern aus der Partei ausgetreten sind und der Parteiführung den Fehdehandschuh zugeworfen haben, scheint die ganze kommunistisch getarnte Partei Aksel Larsens vor der inneren Auflösung zu stehen. Die Partei, die bei den Parlamentswahlen 1960 mit elf Sitzen (rund 140.000 Stimmen) im Folketing einziehen konnte ist durch den Austritt dieser Abgeordneten auf neun zusammengeschrunpft. Politische Beobachter rechnen damit, daß sich schon in den nächsten Tagen noch mehrere "Volkssozialisten" den Rebellen anschliessen werden.

Die beiden Rebellen, die auf der Landesliste in der jütländischen Hafen- und Arbeiterstadt Esbjerg gewählt worden waren, werfen der von Aksel Larsen geführten Partei vor, sie werde mit kommunistischen Methoden gelenkt und gestatte nicht die innere Parteidemokratie. Der äussere Anlaß zum Bruch scheint oberflächlich gesehen eine Bagatelle zu sein. Es handelt sich um ein Vorstandsmitglied in Esbjerg, dessen Ausschluss von einer Generalversammlung wegen parteischädlichen Verhaltens gefordert, von der zentralen Parteiführung jedoch abgelehnt wurde. Als Symptom der Gebrechlichkeit der "Sozialistischen Volkspartei" ist die Affäre aber von ausschlaggebender Bedeutung und bestätigt, daß die Partei Aksel Larsens nur eine Übergangserscheinung ist.

Aksel Larsen diente fast sein ganzes Leben der kommunistischen Partei Dänemarks; bis er 1956, im Zuge der durch die Ungarnereignisse erschütterten Partei als Parteivorsitzender ausgeschlossen wurde. Kurz danach bildete er die "Sozialistische Volkspartei", die sowohl von der kommunistischen Partei wie auch vom linken Flügel der sozialdemokratischen Partei erhebliche Wählerstimmen gewann und dazu noch Sympathien bei vielen linksgerichteten Bürgerlichen. Von den elf Abgeordneten, die 1960 in das Parlament einzogen, sind neun frühere Kommunisten. Die "Volkssozialisten" haben in den vergangenen vier Jahren teils gegen die kommunistische Partei, teils gegen die sozialdemokratische Partei gekämpft. Das Ziel war die Bildung einer "Volksfront" von "Volkssozialisten" und Sozialdemokraten. Von seiten der sozialdemokratischen Partei wurde diese Taktik ständig und eindeutig abgewiesen. In der Austrittserklärung der beiden Esbjerg-Rebellen, die früher dem linken Flügel der Sozialdemokratie angehörten, werden die Wähler aufgefordert, nicht mehr die "Sozialistische Volkspartei" zu wählen. Die beiden Politiker wollen bis zu den Wahlen als "Einzelgänger" im Folketing bleiben; einer von ihnen deutete an, er würde gern wieder von der sozialdemokratischen Partei als Kandidat aufgestellt werden.

Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie ein solches "Angebot" ablehnen. Der Zerfall der "Sozialistischen Volkspartei" ist ein Ereignis von großer politischer Bedeutung. Sah es zeitweise so aus, als würden die "Volkssozialisten" und die konservative Volkspartei ihre Stellung bei den kommenden Wahlen behaupten oder gar verbessern, so ist jetzt eine völlig neue Situation entstanden, die für die sozialdemokratische Partei nur positive Auswirkungen haben kann.